

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Ewa Ernst-Dziedzic, Reinhold Lopatka
Kolleginnen und Kollegen

betreffend die Situation der Kurdinnen und Kurden, u.a. in Syrien

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 7 Bericht des Außenpolitischen Ausschusses über den Antrag 780/A(E) der Abgeordneten MMMag. Dr. Axel Kassegger, Kolleginnen und Kollegen betreffend in Österreich lebende Syrer müssen ihre Heimat wiederaufbauen (376 d.B.)

Die nach Schätzungen rund 30 Millionen Kurdinnen und Kurden stellen in der multiethnischen Region des Nahen und Mittleren Ostens die viertgrößte ethnische Gruppe dar. Seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches besiedeln sie als Volk ohne eigenen Staat vor allem vier Länder: Türkei, Iran, Irak, und Syrien.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts dokumentiert, dass die kurdischen Minderheiten von den jeweiligen Regierungen mal mehr und mal weniger stark verfolgt und unterdrückt wurden. Damit einher ging auch ein regelmäßiges Erstarken der kurdischen Autonomieforderungen nach politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Selbstbestimmung sowie die gezielte Schwächung dieser Autonomiebestrebungen durch die Regierungen der jeweiligen Staaten. In Syrien wurde die kurdische Bevölkerung über Jahrzehnte unterdrückt. Im Irak kam es vor allem unter der Herrschaft von Saddam Hussein zu systematischer Verfolgung und Unterdrückung an der kurdischen Minderheit. In der Türkei hat sich die Menschenrechtssituation der kurdischen Bevölkerung in den letzten Jahren sehr verschlechtert.

Die jüngere Geschichte zeigt vor allem auch, dass Kurdinnen und Kurden wichtige Akteure im Nahen Osten sind. So spielen kurdische bzw. kurdisch dominierte Verbände im Kampf gegen den IS/Da'esh eine tragende Rolle.

Mit dem Beginn des syrischen Bürgerkriegs gelang es den syrischen Kurdinnen und Kurden im Norden des Landes eigene Verwaltungsstrukturen aufzubauen und später zu einem wichtigen Partner im Kampf gegen den IS/Da'esh zu werden. Zahlreiche IS/Da'esh-Kämpfer und -Anhängerinnen und Anhänger befinden sich in Gewahrsam kurdischer bzw. kurdisch dominierter Kräfte in Nordostsyrien. Seit 2016 kam es zu völkerrechtswidrigen türkischen Militäroffensiven und bis heute anhaltenden Besatzungen im Norden Syriens deren Folgen vor allem Kurdinnen und Kurden betrafen. Unter anderem rief die türkische Regierung eine 30 km tiefe sogenannte „Sicherheitszone“ in Nordsyrien entlang der türkischen-Grenze aus, an der in die Türkei geflohene Syrerinnen und Syrer ohne Rücksicht darauf, woher in Syrien sie stammen, angesiedelt werden sollen. Ein Bericht der Vereinten Nationen kritisierte kürzlich ungewöhnlich scharf das Vorgehen der Türkei in Syrien. Der Bericht spricht unter anderem von Folter, Vergewaltigungen, Plünderungen und Zerstörungen von Weltkulturerbe und religiösen Stätten. Verbündete der Türkei, die in Syrien zum Einsatz kamen, sollen systematisch gegen die syrische Zivilbevölkerung vor allem kurdischer Herkunft vorgegangen sein.¹

¹ <https://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/Pages/NewsDetail.aspx?NewsID=26237&LangID=E>.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für europäische und internationale Angelegenheiten, wird ersucht,

- sich weiterhin auf bilateraler und EU-Ebene für eine nachhaltige politische Lösung des Konflikts in Syrien einzusetzen, die auf Basis einer glaubwürdigen politischen Transition unter Wahrung der Einheit, Souveränität und territorialen Integrität Syriens in einem alle syrischen Parteien einschließenden Prozess unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen zu erarbeiten ist.
- sich auf EU-Ebene weiter für humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung in Syrien, inklusive der kurdischen Bevölkerung, einzusetzen, um die humanitäre Notlage, die durch die Covid-19-Pandemie und die Wirtschaftskrise verschärft wird, zu lindern, sowie durch fortlaufende Einbeziehung aller beteiligten Stellen bestehende österreichische Bemühungen im Bereich der humanitären Hilfe, wie die Sicherstellung der Versorgung mit Trinkwasser, in Syrien entsprechend weiterzuverfolgen.
- sich auf bilateraler und EU-Ebene für eine Verbesserung der menschenrechtlichen Situation und Achtung von Grundfreiheiten in der Türkei, insbesondere der Lage der Kurden, einzusetzen.“



